

Danziger Zeitung.

No 7350.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Beile 2 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kietzner und Fab. Koffe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hofstein & Bogler; in Frankfurt a. M.: C. E. Daube und die „Fager’sche Buchhandl.“; in Hannover: Carl Schäfer; in Eibing: Kammann-Sartmann’s Buchhandl.

1872.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.
Angekommen den 20. Juni, 7 Uhr Abends.
London, 20. Juni. Die Bank von England hat den Discout von 3% auf 3% herabgesetzt.

Angekommen den 20. Juni, 9 1/2 Uhr Abends.
Berlin, 20. Juni. Die auf dem Viehhof nachträglich eingetroffenen Zufuhren wurden heute zu den bisherigen Preisen geräumt. Das Lagergeschäft war in Erwartung der Londoner Auktionsberichte auch heute noch wenig belebt. Verkauf wurden 10,000 Str. worunter 6000 Str. beste vorpommersche und mecklenburgische ohne Lodenbedingungen zu einigen 70 R. von zwei süddeutschen Spinnereien. Das Ausland blieb unthätig.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.
Pest, 19. Juni. In der inneren Stadt wurde Deal mit 1100 gegen 130 Stimmen unter demonstrativem Jubel gewählt. Deal hielt mit stürmischem Beifall aufgenommene Reden in Ofen und anderen Städten. Mehrere Minister wurden theils gewählt, theils deren Wahl gesichert, wie denn überhaupt die Dealisten jumeist gegen die Candidaten der Opposition bisher theils siegten, theils im Vortheile blieben.

Rom, 19. Juni. Der Papst empfing heute die Deputationen des Auslandes und forderte dieselben auf, für Constantinopel zu beten, wo ein trauriges Schisma Schutz und Unterstützung finde. Er segnete insbesondere Spanien, Frankreich, England und Italien, vorzugsweise aber Belgien.
Athen, 19. Juni. Der französische Gesandte am hiesigen Hofe, Ferry, überbringt eine Note seiner Regierung, worin Frankreich von Griechenland die demselben im Jahre 1832 vorgeschossenen 30 Millionen zurückverlangt.

Deutschland.

* Berlin, 19. Juni. Die Frage der Papstwahl wird nun auch von unserer officiellen Zeitung besprochen, nachdem die italienischen und hiesigen Blätter ihr darin vorangegangen sind. Für alle Länder, so sagt das Organ des Fürsten Bismarck, in denen die römisch-katholische Kirche recipirt ist wie in Deutschland, oder tolerirt wird wie in Großbritannien, ist die Stellung des Papstes von so tiefgreifender Bedeutung, daß die Folgen eines Personwechsels nicht reichlich genug erwogen werden können. Die Regierung, welche katholische Unterthanen hat, kann es gleichgiltig sein, wer Papst ist. So war denn von Alters her das große und unmittelbare Interesse anerkannt, welches die Staatsgewalten, unter deren Scepter Mitglieder der römischen Kirche leben, an einer Papstwahl haben und zwar an der zu wählenden Persönlichkeit selbst, wie besonders daran, daß die Wahl von all den Garantien in formaler und materieller Beziehung umgeben sei, die es den Regierungen möglich machen, sie als eine gültige auch für sich und den Theil der katholischen Kirche in ihren Staatsgebieten anzuerkennen. Und so darf immer noch für unbedenklich erachtet werden, daß die Regierungen, welche katholische Unterthanen haben, verpflichtet sind, gewissenhaft zu erwägen, ob sie die Wahl anerkennen können, ehe sie dem durch dieselbe eingeleiteten Souverän, der berufen sein soll, in ihren Ländern weitgehende Rechte, die in mancher Hinsicht an die Souveränität grenzen, über ihre Staatsangehörigen auszuüben, diese Machtbefugnisse factisch zugestehen. Ein Papst, welchem die Gesamtheit oder die Mehrzahl der europäischen Souveräne aus formalen oder materiellen Gründen die Anerkennung versagen würde, wäre so wenig denkbar, wie es denkbar ist, daß ein Landesbischof in irgend einem Lande Rechte ausübe, ohne von der Staatsregierung anerkannt zu sein. Das Interesse an der Papstwahl hat in Folge einer wesentlichen Veränderung der Ordnung der Dinge eine Steigerung erfahren. Die alte Selbstständigkeit der Bischöfe brachte es da, wo diese Unterthanen weltlicher Herrscher waren, mit sich, daß die Regierungen nur selten in kirchlichen Dingen mit dem Papst in Berührung kamen. Diese alte Selbstständigkeit des Episcopats ist gebrochen. Schon die Concordate haben directere und gewissermaßen intimere Beziehungen zwischen den Regierungen und dem Papst hervorgerufen. Das vaticianische Concil vollends, dessen Bestimmungen die Unterwerfung und Unselbstständigkeit des Episcopats im Sinne des ausgebildeten Papstsystems bestegelten, hat die Stellung des Papstes auch zu den Regierungen von Grund aus verändert. Kraft der vaticianischen Beschlüsse ist der Papst in jeder einzelnen Diöcese die bischöflichen Rechte dem Bischof aus der Hand zu nehmen und an die Stelle der landesbischöflichen Gewalt seine Gewalt zu setzen. Die Diöcesengewalt ist in der kirchlichen Centralgewalt aufgegangen; der Papst ist Universalbischof geworden und es hängt nur von seinem Willen ab, sich in der Praxis für jeden Fall gegenüber den Regierungen als Träger der Rechte zu geriren, die jetzt seine Rechte sind und von dem Bischof nur verwaltet werden. Die Bischöfe sind nur noch Werkzeuge des Papstes, seine ihm verantwortlichen Beamten. Den Regierungen gegenüber sind sie folglich zu Beamten eines fremden Souveräns geworden und zwar eines solchen, dessen Macht vermöge der lehramtlichen Unselbbarkeit den Charakter des vollendeten Absolutismus an sich trägt. Ehe nun die Regierungen eine solche Stellung dem Neugewählten einräumen, ehe sie ihm die Ausübung solcher Rechte über ihre Staatsangehörigen gestatten, werden sie sich fragen müssen, ob Wahl und Persönlichkeit die Garantien darbieten,

welche sie gegen den Mißbrauch solcher Machtvollkommenheit zu fordern berechtigt und verpflichtet sind. Wir nehmen mit Befriedigung Act von diesen Auseinandersetzungen des officiellen Organs. Es geht aus ihnen hervor, daß man im Kanzleramt gefonnen ist, die Rechte des Reiches gegenüber der Curie im vollen Umfange zu wahren, als Staatsgewalt seine Pflicht zu thun gegenüber der allmächtigen Kirche. Wie man sich aber auch sträuben möge, eher wird man nicht in diesem Kampfe Sieger werden, ehe man sich nicht zur vollständigen Trennung des Staates von der Kirche entschließt. Und das scheint noch nicht der Fall zu sein. Die „gut informirte Rechte“ hat bekanntlich gegen den Antrag auf Einführung der Civilehe einen russischen Schritt zur Lösung dieser Frage, gestimmt.

+ Berlin, 19. Juni. Die Conferenz über das Volksschulwesen beschäftigte sich gestern mit den Mittelschulen, in Betreff deren die Regierung von der Conferenz selbst Vorschläge erwartet. Von mehreren Rednern wurde betont, daß die Mittelschule entschieden aus der Volksschule herauszuwachsen müsse, während von anderer Seite einer von unten auf mehr selbstständiger Stellung der Mittelschule das Wort geredet wurde. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß die Mittelschule eine dem Gymnasium und der Realschule gegenüber in ihren Einrichtungen und in ihren Zielen selbstständige Stellung gewinnen müsse; doch gingen die Ansichten darüber auseinander, in wie weit dabei eine den höheren Lehr-Anstalten zugesprochene Berechtigung ins Auge zu fassen sei. Von der einen Seite wurde hervorgehoben, daß man sich hüten müsse, die Mittelschule zu „vornehm“ zu machen, wogegen von der anderen Seite darauf hingewiesen wurde, daß eine Bildung, wie sie durch den aufgestellten Lehrplan gekennzeichnet sei, wohl in Parallele gestellt werden dürfe mit derjenigen Durchbildung, die durch das freiwilligen-Examen dargestellt werde; es sei nicht un schwer, vorauszusagen, daß ohne die an Berechtigung laun eine Gemeinde mit den intendirten öffentlichen Mittelschulen Glück machen werde. In Bezug auf die Lehrer, die für solche Schulen in Aussicht zu nehmen seien incl. Dirigenten, genüge es zu betonen, daß Facultätsstudien nicht absolut nothwendig sein dürften. Der folgende Punkt der Vorlage: „Schulaufsicht“ wurde zum zum Schluß der Beratung zurückgelegt. Darauf wurde die Besprechung des Punktes V., „Schullehrerseminarien“, begonnen, aber nicht zu Ende geführt. Aus der Erörterung ist namentlich hervorzuheben, daß eine Hebung der bisherigen Bildung der Elementarlehrer als absolut nothwendig ziemlich allgemein gefordert war.

— Die Centrumsfraction im Reichstage zählt 66 Mitglieder. Davon vertreten 23 Abgeordnete das Rheinland, 18 Bayern, 8 Westfalen, je 4 Hannover und Schlesien, je 2 Württemberg und Baden, je 1 Preußen, Sachsen, Hessen, Nassau und Oldenburg. Im preussischen Landtage zählt die Centrumsfraction 57 Mitglieder, von denen 19 zugleich Mitglieder des deutschen Reichstages sind. Auf die einzelnen Provinzen vertheilt kommen von den Abgeordneten auf: Rheinland 25, Westfalen 15, Schlesien 6, Preußen 5, Hessen-Nassau 3, Sachsen 2, Hannover 1.

— Von zuverlässiger Seite geht der „Nordd. Allg. Z.“ die Mittheilung zu, daß gestern Vormittag ein Mitglied der Centrumsfraction, und zwar der Graf von Landsberg-Belen und Gemen den Reichstags-Abg. Wagoner (Neustettin) mit seinem Besuche beehrt und von diesem die in Aussicht gestellte und seinerseits gewünschte Mittheilung über den Zusammenhang der nationalen und ultramontanen Bestrebungen zwischen hier und Galizien und den bezüglichen Namen erhalten hat. Natürlich privatim, wie dies ja auch ausdrücklich vorbehalten war.

— Die an industriellen Unternehmungen beteiligten Berliner Stadträte hatten den Stadtverordneten Veranlassung zu einem Beschlusse um Ausstufungsvertheilung Seitens des Magistrats gegeben wegen dieser mit dem Magistratsamte vertheilt nicht in Einklang zu bringenden Thätigkeit. Die Antwort des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung ist jetzt erfolgt und befaßt dem Vernehmen nach, daß der Magistratschef zur Zeit den nöthigen Anhalt zu einem Einschreiten nicht gefunden hat.

— Vom Rhein wird gemeldet, daß der vom Amte suspendirte katholische Feldpropst Ramszanowski seine Jurisdiction auf die Bischöfe in den Provinzen übertragen, und somit die ihm früher unterstehenden Militärpfarrer, so viel an ihm ist, den Bischöfen untergeben hat. Ob die Bischöfe die gefährliche Gabe angenommen haben, ist noch nicht bekannt.

Eupen, 16. Juni. In Folge des Arbeiterstreikes sind seit gestern Abend die Fabriken unserer Stadt geschlossen worden. Die Ordnung ist nirgends gestört. Münster. Die katholischen Soldaten unserer Garnison sind vorgestern von den Feldwebeln befragt worden, ob sie „alt“ oder „neu“ katholisch seien. Im ersten Falle, so ist ihnen bedeutet worden, würden sie fortan nicht mehr zum Militär-Gottesdienste commandirt werden. Da soll, so wird dem „Westf. Mercur“ erzählt, eine ganze Compagnie des 53. Inf.-Regts. erklärt haben: Dann seien sie alle altkatholisch.

München. Nach dem „Nürnberg. Correspondenten“ soll der Graf Ludwig v. Arco-Zinneberg, Oberstlieutenant à la suite und Vorstand des katholischen Casinos in München den ihm zugedachten preussischen Kronenorden IV. Klasse abgelehnt haben — mit Bezugnahme auf die Politik der preu-

sischen Regierung gegenüber seiner ultramontanen Parteigenossenschaft.

Oesterreich.

Pest, 17. Juni. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht eine Nachricht über Wahlsprüche einläuft. Die größte Ausdehnung nahm aber doch die im Moberger Wahlbezirk ein, wo der Candidat der äußersten Linken, Szederlenyi eine Rundreise in seinem Wahlbezirk machte, um das heilige Evangelium des Kossuth und Madarasz zu verkündigen. Aber die Einwohner von Hgelodo verwehrten ihm den Eintritt und erklärten ihm am Ortseingange, daß er nicht bei ihnen zu suchen habe. Und da die Suragierten diesem Mahnwort nicht Folge leisteten, so wurde von Seiten der Einwohner des Orts durch Heugabeln der Antwort Nachdruck gegeben. Es kam zu einem förmlichen Zusammenstoße, aber die handfesten Einwohner von Scelesz behaupteten das Feld und die Begleiter Szederlenyis gaben Fersengeld, nachdem sie mehrere Verwundete zurückgelassen hatten. Unterwegs entwickelte sich ihre Wuth über diese Niederlage und wo sie derselben auf leichte Weise einen Ausdruck geben konnten, verfehlten sie es nicht. Als sie aber in Moberg ankamen, entlud sich das Gewitter. Im dortigen Casinogarten feierten die Anhänger der Dealpartei mit Frauen und Töchtern ein Fest. Nun stürzte sich die wilde Rotte auf diese friedliche Gesellschaft und übte eine wahre Lynchjustiz. Der Stuhlrichter, der ebenfalls im Garten zugegen war, beorderte Panduren, die aber nur mit Mühe den anbringenden Stürmen das Gleichgewicht halten konnten. Er sandte deshalb zum Honvedmajor um militärische Hilfe; da dieser aber selber zur Opposition gehört, so kam er nicht mit Entsatz zur Stelle. Endlich gelang es den verstärkten Panduren, die Unruhestifter zu vertreiben, aber erst gegen Mitternacht ward die Ruhe wieder hergestellt. Mehrere Personen wurden getödtet, andere tödtlich oder mehr oder minder schwer verwundet. Am folgenden Tage rückte Militär ein, um die Ruhe vollständig wieder herzustellen.

England.

London. Nach den letzten Nachrichten aus Washington und Genf herrscht überall in unterrichteten Kreisen die Ansicht vor, daß der Versuch, die Streitfrage zwischen England und Amerika schiedsrichterlich zu lösen, vorderhand als gescheitert betrachtet werden müsse. Die großen Tagesblätter stimmen der überwiegenden Mehrheit nach in dieser Annahme überein. — Aus Calcutta trifft die Nachricht ein, daß Rialus Ali, einer der Hauptführer während des indischen Aufstandes, endlich in die Hände der Regierung gefallen ist und vor Gericht seinem Urtheil entgegensteht. Der Angeklagte ist beschuldigt, an dem Aufstande 1857 theilgenommen und als Führer einer Schaar Aufständischen gegen die Regierung die Waffen getragen zu haben und stellt diese Beschuldigungen auch gar nicht in Abrede. Dagegen macht er geltend, er habe nicht aus freiem Antriebe gehandelt, sondern sei gezwungen worden vorzugehen. Er habe auch eine Menge Engländer vor der Wuth der Eingeborenen geschützt und gerettet und überhaupt sich in Wirklichkeit eher als ihr Freund denn als ihr Feind bewiesen. Bemerkenswerth ist übrigens, daß Rialus Ali seit fünfzehn Jahren umhergezogen ist und die ganze Zeit hindurch weiter den Samen des Aufstandes ausgestreut hat, ohne daß man bis jetzt seiner habhaft werden konnte.

Frankreich.

Paris, 17. Juni. Thiers hat den Erfolg, den seine Verhandlungen mit Deutschland ihm verschafft, sofort verwerthet und die sechsmonatliche Dienstzeit für die Gebildeten durchgesetzt. Was der alte Feldherr, als den sich der kleine Präsident gern ausgiebt, mit diesen sechsmonatlichen Rekruten anfangen will, ist schwer zu sagen, eine große Stütze für die neue Armee dürften dieselben nicht werden, man muß vielmehr annehmen, wenn derselbe Mann, der den anderen Soldaten keinen Tag an der fünfjährigen Dienstzeit erlassen wollte, für die Gebildeten die halbe Zeit wie für die Preußen erforderlich hält, daß er es damit auf eine Entlastung der bestehenden Klasse und dadurch auf eine Popularisirung des Gesetzes bei diesen abgesehen habe. — Die Verhandlungen mit Arnim nehmen ihren Fortgang. Der deutsche Votschafter ist nur schwierig in Bezug auf die Sicherheiten und mit diesen ist es bei dem ewigen Schwanken aller Zustände schwach bestellt. Die Besserung der Zustände in Frankreich kann nur durch eine bessere Erziehung erzielt werden; die Republik des Herrn Thiers leistet aber in diesem Punkte weniger als das Empire, und die Ultramontanen sind genau, was sie unter der Restauration waren, ja, leder und ungenierter. Jules Simon ist bei Weitem nicht, was der Unterrichtsminister Napoleons III., Duruy, war, weder als Mann der Wissenschaft, noch als Beamter, von dem Charakter dieses Mannes gar nicht zu reden. Ueber die Unterhandlungen selbst erzählt jetzt der sonst gut unterrichtete „Daily Telegraph“: „Graf Arnim überreichte Herrn Thiers eine umfassende Note über die Bedingungen Deutschlands für die Zurückziehung seiner Truppen aus Frankreich. Ihr zufolge würde Deutschland vier der occupirten Departements am 1. Januar und zwei am 1. März räumen, wenn Frankreich vor dem 15. December eine Milliarde boar und zwei Milliarden in 4- und Smonatlichen Banquierswechseln abzahlte. Bis zur Einlösung dieser Wechsel würde Velfort besetzt bleiben.“

— In den letzten Tagen haben wieder zahlreiche Verhaftungen auf Befehl der Militärbehörden stattgefunden. Der „Moniteur universel“ bemerkt hiezu:

Solche Verhaftungen geschehen in jeder Woche. Paris ist nichts weniger als beruhigt. In den nördlichen und östlichen Vierteln der Stadt hat die revolutionäre Partei keineswegs die Idee einer Revanche — nicht gegen die Preußen — sondern gegen die Assemblée aufgegeben, und ohne die Mitwirkung der Militärgewalt wäre es der Polizei unmöglich die Ordnung aufrecht zu erhalten.

— Die „Republique Française“ meldet: Levysohn, Correspondent der „Rödlischen Zeitung“, hat Paris wegen einer ihm zugesendeten Herausforderung zum Duell verlassen.

Italien.

Rom, 16. Juni. Wie wir der „Nuova Roma“ entnehmen, wurde König Amadeus von Spanien in seiner Weigerung, die constitutionellen Garantien zu suspendiren, insbesondere durch den König von Italien, seinen Vater, bestärkt. Dieser empfahl seinem in dieser kritischen Lage durch eine Vertrauensperson ihm um Rath fragenden Sohne, um seinen Preis meineidig zu werden und lieber auf das Unternehmen, Spanien zu pacificiren, zu verzichten und nach Italien zurückzukehren, „als bestiegter Fürst zwar, aber würdig seiner Dynastie“. — Der Gemeinderath der Stadt Rom hat sich mit der Bitte an die Regierung gewandt, ihr mehrere nur wenig benutzte Klöster zu überlassen, um sehr nöthige Krankenhäuser darin zu errichten. Es steht zu erwarten, daß die Regierung diesen Wünschen nachkommt, da es eine große Menge von umfangreichen Klöstern giebt, die von nur sehr wenigen Mönchen bewohnt werden.

Spanien.

Madrid. Karlistische Telegramme versichern, daß die Anhänger des Prätextenten sich der Stadt Gerona bemächtigt hätten, aber da die dortige Bevölkerung stark republikanisch gesinnt ist, so erscheint ein solcher Erfolg unwahrscheinlich. — Der rhabitale „Tertulia“ zählt die Personen und Deputationen auf, welche nach Tablada abgereist waren, um den sich weigernden Borilla zu Annahme seiner neuen Stellung zu bewegen. Die rhabitale Presse ist im Ganzen über die neueste Wendung hoch erfreut und brüdt die Ansicht aus, daß in diesem Augenblicke entweder nur ein rhabitales Ministerium oder ein Ministerium der Beröhrung zur Regierung berufen werden konnte. Ersterem müsse die Majorität eine Art Waffenruhe im Parteikampfe bewilligen, um die Lage, und namentlich die finanzielle, zu klären. Die Republikaner begrüßen das neue Cabinet mit unvorholener Freude und hoffen, die 80,000 Gewehre, welche in die Hände des „Volkes“ zurückgegeben werden sollen, alsbald bestens zu verwerthen. Die Alphonisten endlich erklären, daß dieses achte Ministerium in den achtzehn Monaten der Regierung des Königs Amadeus dessen letztes sein werde.

Amerika.

Zwischen Salvador und Honduras ist kürzlich wieder ein Krieg entbrannt, welcher jetzt zu Gunsten des ersteren seinen Fortgang nimmt. Die Salvadorianer waren in Honduras eingedrungen und hatten sich der Hauptstadt Comapa bemächtigt. Bei ihrer Annäherung ergriffen Präsident Medina und seine Truppen die Flucht, wie man glaubt, nach Dmoa; doch ist ihr Verbleib nicht bestimmt bekannt. In mehreren Treffen blieben die Salvadorianer Sieger. Präsident Granados von Guatemala ist an der Spitze von 2000 Mann in Salvador eingezogen, um dieser Republik gegen ihren Angreifer beizustehen. Amapola befand sich noch immer im Besitze von Salvador.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Juni. Angekommen 5 Uhr — Min.

Waren	Preis	Waren	Preis
Weizen Juni	80	Wp. 2 1/2 % Bf.	82 1/2
Juni-Juli	80	do. 4 % do.	82 1/2
Roggen fester	50 1/2	do. 4 1/2 % do.	100 1/2
Juni	50 1/2	do. 5 % do.	103 1/2
Juli-Aug.	50 1/2	Bombarden	123 1/2
Sept.-Oct.	50 1/2	Frankoien, c. eff.	213 1/2
Petroleum	12 1/2	Rumänier (cgl.)	46 1/2
Juni 2002	12 1/2	Amerikaner (1882)	96 1/2
Räböl loco	22 1/2	Italiener	67 1/2
Spir. höher	24	Türken (5 %)	52 1/2
Juni	24	Oester. Silberrente	65
Sept.-Oct.	24	Russ. Banknoten	82 1/2
Pr. 4 1/2 % Conf.	103 1/2	Oester. Banknoten	90 1/2
Pr. Staatsanl.	91 1/2	Wechselers. Bond	6,22

Berlin, 20. Juni. Wiener Abenddepeschen melden über den Schluß der Börse: Kaiser-Oberberger Actien hauffen bis 194,50 auf Grund der neuen Anschlußpläne nach Pest, welche bedeutende Mehrnahmen ergeben wird.

Meteorologische Depesche vom 20. Juni.

Barom.	Temp.	Wind.	Stärk.	Himmelsanzt.
Saparanda	338,2	+12,9	Windst.	fehlt.
Helsingfors	338,4	+14,0	NO	beiter.
Betersburg	338,5	+14,0	NO	schwach wenig bewölt.
Stockholm	338,5	+9,1	NO	f. schw. bed. Reg. Ncht. u. feht. Wrg. Om.
Moskau	337,1	+11,2	NO	mäßig.
Wien	337,1	+11,4	NO	schwach ziemlich beiter.
Stettin	337,1	+11,0	NO	schwach wölig.
Danzig	336,9	+12,4	N	lebsaft wölig.
Putbus	334,8	+14,0	N	schwach beiter.
Essen	337,1	+11,4	NO	schwach beiter.
Berlin	336,2	+11,5	NO	schwach beiter, gest. Reg.
Helfer	336,0	+16,2	NO	schwach
Prästel	336,0	+17,2	NO	schwach bewölt.
Röln	335,1	+12,6	NO	mäßig sehr beiter.
Wiesbaden	332,6	+12,0	NO	stille beiter.
Zrier	328,5	+11,8	NO	schwach bebedt.

